

<http://esslinger-zeitung.de/ueberregional/baden-wuerttemberg/Artikel733463.cfm>

## **Ingersheimer Windrad in der Warteschleife**

Zehn Gegner haben Widerspruch gegen die geplante 180 Meter hohe Anlage eingelegt - Investoren wollen das Verfahren jetzt beschleunigen

Von Detlef Holland

**Ingersheim** - Das Ende der Atomkraft in Deutschland ist beschlossen. Doch der Streit um die Energiewende hat gerade erst begonnen. Die Akzeptanz für den Ausbau grüner Energien ist vielerorts noch gering. Besonders heikel ist der Widerstand gegen die Windkraft - auch im Südwesten, wo lange Zeit unter dem damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel (CDU) vor einer „Verspargelung der Landschaft“ gewarnt wurde. Gerade der Windenergie wird aber im künftigen Energiemix eine Schlüsselstellung zukommen.

Das haben sich auch die Bürger von Ingersheim gedacht - schon lange vor dem Atomausstiegsbeschluss der Bundesregierung und dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg hin zu Grün-Rot. 350 Mitglieder einer Windradinitiative wollen gemeinsam ein Investitionsvolumen von 3,6 Millionen Euro für ein 180 Meter hohes Windrad schultern. „Wir haben schon 2,8 Millionen Euro auf dem Konto“, sagt Dieter Hallmann von der Windkraftinitiative Ingersheim.

### **Petition eingereicht**

Doch bereits Ende Februar hatten Gegner der geplanten Windkraftanlage eine Petition beim Landtag eingereicht. Die Antragsteller mussten wissen, dass ihr Anliegen vor der Landtagswahl Ende März wohl nicht mehr behandelt werden würde - und dass auch jetzt nach der Wahl einige Zeit vergehen dürfte, bis sich die neue Landesregierung der Sache annimmt.

Nun befindet sich das Windrad, das eigentlich bis Ende des Jahres aufgestellt sein und Anfang 2012 in Betrieb gehen sollte, bereits in seiner zweiten Warteschleife. Zwar hatte das Landratsamt Ludwigsburg nach siebenmonatiger Prüfung zu Jahresbeginn eine Baugenehmigung erteilt. Doch zehn Gegner des Projekts reichten Widersprüche ein. Diese liegen zurzeit beim zuständigen Regierungspräsidium. Befürworter des Projekts befürchten nun, dass das Windrad in den Mühlen der Bürokratie zermahlen wird. Denn das Regierungspräsidium will nun erst einmal abwarten, bis der Petitionsausschuss über die Angelegenheit befunden hat.

Vor einem Bau des Windrades steht den Gegnern überdies noch der Rechtsweg über die Verwaltungsgerichte offen. Die Windradinitiative will deshalb jetzt Zug in das Verfahren bringen und kündigt an, dass sie beim Landratsamt Antrag auf Sofortvollzug stellt. Mit einer weiteren Verzögerungstaktik würde den Investoren wirtschaftlicher Schaden zugefügt, befürchtet Hallmann.

Käme es zum Sofortvollzug, würde das Regierungspräsidium faktisch ausgeschaltet. Dann bliebe den Windradgegnern nur noch der Weg zum Verwaltungsgericht Stuttgart. Dort würde die Sache dann als Eilverfahren behandelt. Folgen auch die Richter dem Antrag, wäre der Weg zum Bau des größten Windrades in der Region frei.